

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			Sitzungsprotokoll L-32 Nils Lennart Lühr
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: 30.10.2018	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:10 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert; TOPs 1-4 Sitzungsleitung Frau Dehne			

Frau Dehne (SPD) eröffnet stellvertretend für Herrn Dr. Buhlert (FDP) die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokolle der Sitzungen vom 16.08.2018 und 21.08.2018	
TOP 3	Jahresberichte Patientenfürsprecher 2014 – 2017	L-149-19
TOP 4	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze	L-151-19
TOP 5	Neugeborenen-Screening auf Mukoviszidose	L-152-19
TOP 6	Umsetzung des Präventionsgesetzes (PrävG) in Bremen	L-153-19
TOP 7	Beitritt der Stadtgemeinde Bremen und der Seestadt Bremerhaven zum Gesunde Städte-Netzwerk der europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Landes Bremens zur Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC)	L-156-19 S-80-19
TOP 8	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen	L-161-19 S-81-19
TOP 9	Berichtsbitte der Linke: Verschiebung von somatischen Fachabteilungen innerhalb der drei AMEOS-Kliniken in Bremerhaven	L-157-19
TOP 10	Berichtsbitte der Grünen: Bericht über den Besuch der Länderkommission der Nationalen Stelle in der Forensischen Psychiatrie eines psychiatrischen Krankenhauses im Land Bremen	L-158-19
TOP 11	Berichtsbitte der Grünen: Bericht zur Arzneimittelüberwachung	L-163-19
TOP 12	Sitzungstermine der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im 1. Halbjahr 2019	L-150-19 S-78-19
TOP 13	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung	L-162-19
TOP 14	Hebammensversorgung im Land Bremen Berichtsbitten der Fraktionen der FDP und der CDU	L-164-19
TOP 15	Qualität der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland Bericht 2017	L-154-19
TOP 16	Bericht über die 14. Verbraucherschutzministerkonferenzen (VSMK) am 15. Juni 2018 in Saarbücken und Sonder-VSMK am 11. September 2018 in Berlin	L-160-19
TOP 17	Verschiedenes - Sachstandsbericht Schulgeldfreiheit (Berichtswunsch Herr Bensch, CDU)	

TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung

Herr Bensch (CDU) bittet um einen mündlichen Bericht zum Sachstand Schulgeldfreiheit unter TOP 17.
TOP 7 wird auf die nächste Deputationssitzung vertagt.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.

TOP 2 | Protokolle der Sitzungen vom 16.08.2018 und 21.08.2018

Herr Bensch (CDU) weist daraufhin, dass das im umfangreicheren Protokoll zur Sitzung am 16.08. seine geäußerte Kritik am KBO nicht erwähnt ist.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die Protokolle der Sitzungen vom 16.08.2018 und 21.08.2018.

**TOP 3 | Jahresberichte Patientenfürsprecher 2014 – 2017
(Vorlage L-149-19)**

Staatsrat Kück leitet in die Vorlage ein, die die Jahresberichte der PatientenfürsprecherInnen der Jahre 2014 bis 2017 gebündelt darstellt und erläutert, welche Kritikpunkte der PatientfürsprecherInnen bereits angegangen wurden.

Die Deputierten danken den PatientenfürsprecherInnen für ihr Engagement.

Herr Pirooznia (B90/Grüne) zeigt sich verwundert darüber, dass die Berichte der Patientenfürsprecher der Jahre 2014-2017 erst zur heutigen Sitzung vorgelegt werden und begrüßt, dass diese Berichte der PatientenfürsprecherInnen ab dem kommenden Jahr jährlich der Deputation im 1. Quartal vorgelegt werden.

Herr Bensch (CDU) illustriert am Beispiel des KBO, wie das Engagement der PatientenfürsprecherInnen und ihre geäußerte Kritik Verbesserungen bewirken.

Frau Dehne (SPD) begrüßt die detaillierten Angaben in den Jahresberichten und erkundigt sich nach der Mehrsprachigkeit des Informationsmaterials der Krankenhäuser.

Herr Erlanson (Linke) lobt einerseits das Instrument der PatientenfürsprecherInnen und die erfolgten Verbesserungen. Andererseits kritisiert Herr Erlanson die Gesamtsituation in den letzten Jahren und fordert die Sicherstellung angemessener Büroausstattung für die PatientenfürsprecherInnen in den Krankenhäusern. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erklärt, dass die Thematik der Büros bei der baldigen Novellierung des Bremischen Krankenhausgesetzes beachtet werden wird.

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Patientenfürsprecher, Herr Dr. Drogitz, weist auf die bereits verbesserte Arbeitssituation für die PatientenfürsprecherInnen und die von der AG erarbeiteten Regelungsbedarfe hin.

Frau Dr. Offenhäuser (SWGv) berichtet, dass vom Gesundheitsressort Empfehlungen für die Arbeitsbedingungen gegenüber den Krankenhäusern ausgesprochen werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Berichte der PatientenfürsprecherInnen zur Kenntnis.

**TOP 4 | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze
(Vorlage L-151-19)**

Staatsrat Kück stellt den Deputierten die gesetzlichen Änderungen einleitend vor.

Herr Erlanson (Linke) kündigt an, dass die Linke gegen das Gesetz stimmen wird, da die geschaffene Beleihungsmöglichkeit, durch die öffentliche Aufgaben auf nicht staatliche Personen übertragen werden können, eine abzulehnende Privatisierung sei.

Herr Pirooznia (B90/Grüne) begrüßt die Regelung, dass die Pflege im Landesgremiumgesetz nach § 90a berücksichtigt wird. Frau Dehne (SPD) und Herr Bensch (CDU) schließen sich dem an.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt berichtet, dass die Stärkung der Pflege auch innerhalb des Landesgremiums nach § 90a des Fünften Sozialgesetzbuches begrüßt wird.

Beschluss (mehrheitlich bei Ablehnung der Linke):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze zu.

Der Vorsitzende, Herr Dr. Buhler, übernimmt die Sitzungsleitung.

**TOP 5 Neugeborenen-Screening auf Mukoviszidose
(Vorlage L-152-1)**

Herr Flißikowski (CDU) führt aus, dass anders als in der Vorlage dargelegt medizinische Alternativen zum Neugeborenen-Screening existieren. Staatsrat Kück entgegnet, dass in der Vorlage die in Deutschland bestehenden aktuellen medizinischen Maßnahmen dargestellt seien.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Sachstandsbericht der Senatorin die Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

**TOP 6 Umsetzung des Präventionsgesetzes (PrävG) in Bremen
(Vorlage L-153-19)**

Herr Bensch (CDU) begrüßt das Bestreben, dass Projekt „Health Literacy“ als vom BMG finanziertes Modellvorhaben zu betreiben.

Frau Werwarth (B90/Grüne) begrüßt das Projekt für alleinerziehende Mütter.

Frau Dehne (SPD) erkundigt sich, zu den Hintergründen des Projekts „Einführung von Betrieblichem Gesundheitsmanagement am Amtsgericht Bremen“. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass die Tätigkeiten im Amtsgericht anspruchsvoll sind und mit überdurchschnittlicher Belastung einhergehen und das Amtsgericht sich intensiv engagiere der entsprechender Projektpartner zu sein.

Herr Erlanson (Linke) kritisiert, dass sowohl die Gesundheitsförderung arbeitsloser Menschen, die grundsätzlich ein guter Ansatz darstellt, nur einer kleinen Anzahl von Menschen angeboten wird als auch in einigen Stadtteilen ein Mangel an Kinderärzten besteht. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erklärt, dass es sich beim Projekt um einen ersten Start in dieser Angelegenheit handelt. Im Übrigen die Landesgesundheitsbehörde nicht für die Versorgung mit niedergelassenen (Kinder-)Ärzten zuständig ist, obwohl auch dank des Engagements des Ressorts Verbesserungen erreicht wurden.

Herr Reinken (SPD) erkundigt sich, wie die Suche nach kleineren Partnerfirmen außerhalb des öffentlichen Dienstes verläuft. Staatsrat Kück antwortet, dass dies u.a. in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer erfolgen wird.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Sachstandsbericht der SWGV zur Umsetzung des PrävG im Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 7	Beitritt der Stadtgemeinde Bremen und der Seestadt Bremerhaven zum Gesunde Städte-Netzwerk der europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Landes Bremens zur Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC) (Vorlage L-156-19 / S-80-19)
--------------	--

Vertagt

TOP 8	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen (Vorlage L-161-19 / S-81-19)
--------------	--

Herr Pirooznia (B90/Grüne) begrüßt die Maßnahmen insgesamt und insbesondere das Nachtcafé und die Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines Druckraums.

Frau Dehne (SPD) begrüßt die Projekte, die die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsaufstellung ermöglicht hat.

Herr Dr. Buhlert (FDP) befürwortet, dass die Maßnahmen die Situation der Abhängigen in den Fokus rücken und fragt nach der Bewertung des Gesundheitsressorts der nächtlichen ambulanten (Krisen-) Notversorgung.

Herr Bensch (CDU) lobt, dass beim Entscheidungsprozess externe Experten einbezogen werden.

Herr Erlanson (Linke) zeigt sich skeptisch, dass das Alternativangebot für die Zeiten ohne Krisendienst gut funktioniert.

Herr Utschakowski (SWGTV) erläutert, dass sich Bremen weiterhin in der Erprobungsphase mit einem nicht-ärztlicher Krisendienst, ein mit anderen Bundesländern und Großstädten vergleichbares Angebotsdesign, befindet. Künftig gilt es aus seiner Sicht dieses Angebot bei den staatlichen Sicherheitsbehörden in der Breite noch intensiver präsent zu machen und somit zu etablieren. Aus Sicht des Gesundheitsressorts wäre es sehr wünschenswert, wenn der Krisendienst über die GeNo hinaus von weiteren Trägern gestaltet wird.

Beschluss (einstimmig):

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, die unter B. Lösung genannten Projekte 1. – 8. weiter zu fördern.
2. Bezogen auf die neu beantragten Projekte stimmt die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz dem Verfahren zu, dass die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, unterstützt durch das Expert*innengremium, eine Auswahl der zu fördernden Projekte zu den unter B. Lösung genannten Themen trifft.
3. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, das Projekt „Krisenangebot zu Zeiten, in denen der zentrale Krisendienst nicht tätig ist“ für das Stadtgebiet Bremen (ohne Bremen-Nord) weiter zu fördern.

TOP 9	Berichtsbitte der Linke: Verschiebung von somatischen Fachabteilungen innerhalb der drei AMEOS-Kliniken in Bremerhaven (Vorlage L-157-19)
--------------	--

Ohne Debatte

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 09.10.2018 zur Verschiebung der somatischen Fachgebiete Urologie und Orthopädie zwischen den AMEOS-Kliniken in Geestland (Landkreis Cuxhaven, Niedersachsen) und Bremerhaven zur Kenntnis.

TOP 10 | **Berichtsbitte der Grünen: Bericht über den Besuch der Länderkommission der Nationalen Stelle in der Forensischen Psychiatrie eines psychiatrischen Krankenhauses im Land Bremen (Vorlage L-158-19)**

Herr Utschakowksi (SWGv) stellt den Deputierten den unangekündigten Besuch einer Delegation der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter im Dezember 2017 in der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie des KBO, den anschließenden Bericht der Besuchsdelegation sowie die in diesem Zusammenhang erfolgten Maßnahmen vor.

Herr Pirooznia (B90/Grüne) dankt für den Bericht des Ressorts und begrüßt, dass die Hinweise im Bereich der Absonderung bei der Aufnahme und schriftlichen Dokumentation von Zwangsmaßnahmen aufgenommen und am KBO umgesetzt werden.

Herr Bensch (CDU) kritisiert, dass die Deputation über Besuch und Bericht der Delegation erst auf Bitte der Grünen informiert wird und bittet zukünftig um zeitnahe Berichterstattung entsprechender Ereignisse insb. am KBO. Herr Bensch sieht die Psychiatrische Versorgung im Land Bremen insgesamt als gut bis sehr gut. Bzgl. des KBO hingegen führen aus Sicht von Herrn Bensch wiederholt diverse Erkenntnisse - bspw. die Kommissionsanmerkung, dass keine einhundertprozentige Personalausstattung existiert - zu Misstrauen. Herr Utschakowski (SWGv) erklärt, dass die Personalausstattung im Bereich Forensik über dem Bundesdurchschnitt liegt und im Übrigen der Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter der Redaktionsgruppe Besuchscommission zum Bericht der Besuchscommission vorgestellt worden sei.

Der Vorsitzende bittet für die Deputation künftig um unaufgeforderte Berichte bei entsprechenden Vorgängen.

Aus Sicht von Herr Erlanson (Linke) benennt die Delegation der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter schwerere Missstände in der Forensik am KBO, die trotz erfolgter Besserung überwiegend weiter bestehen. Herr Pirooznia und Herr Saffe (B90/Grüne) widersprechen dahingehend, dass sich die Delegation nur zur Situation im Dezember 2017 und zuvor äußert und der derzeitige Stand positiver ist.

Frau Dehne (SPD) stellt heraus, dass die Bremer Politik sich sehr intensiv mit den Gegebenheiten der psychiatrischen Versorgung und der Forensik befasst, der Bericht der Delegation keine neuen oder weitergehenden Erkenntnisse aufzeigt und an der Lösung der allen bekannten Missständen erfolgreich gearbeitet wird.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt betont, dass sowohl die Besuchscommission über den Bericht der Delegation vor längerem informiert wurde als auch das Gesundheitsressort die Probleme konsequent angegangen ist und die notwendigen Änderungen erzeugt hat, sobald es Kenntnisse der Probleme hatte.

Beschlüsse (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 11 | **Berichtsbitte der Grünen: Bericht zur Arzneimittelüberwachung (Vorlage L-163-19)**

Herr Pirooznia (B90/Grüne) dankt für die Beantwortung der Berichtsbitte und betont die Bedeutung des 4-Augen-Prinzips in der Arzneimittelaufsicht.

Staatsrat Kück erläutert, dass das Gesundheitsressort von Anfang an die Entwicklungen in Brandenburg intensiv verfolgt und der Frage nach möglichen Verbesserungen anhand der Empfehlungen der brandenburgischen Task Force nachgeht. Für das Aufgabengebiet der Arzneimittelaufsicht bedarf es hochspezialisierte Fachkräfte, die deutschlandweit nicht ausreichend vorhanden sind, dennoch gelang es der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz entsprechende Personen zu gewinnen.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Situation der Arzneimittelaufsicht in Bremen zur Kenntnis.

**TOP 12 Sitzungstermine der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im 1. Halbjahr 2019
(Vorlage L-150-19 / S-78-19)**

Ohne Debatte

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den vorgenannten Sitzungsterminen zu.

**TOP 13 Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung
(Vorlage L-162-19)**

Ohne Debatte

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die Berufung der Patientenfürsprecherin der o.g. Klinik für die Dauer von vier Jahren vor.

**TOP 14 Hebammenversorgung im Land Bremen
Berichtsbitten der Fraktionen der FDP und der CDU
(Vorlage L-164-19)**

Herr Dr. Buhlert (FDP) erkundigt sich, ob aufgrund des prognostizierten jährlichen Bedarfs von mindestens 15 neu ausgebildeten Hebammen die Hebammenschule in Bremerhaven länger als geplant ausbilden könnte.

Staatsrat Kück führt aus, dass im Gespräch mit den Klinikdirektoren der Start eines zusätzlichen Hebammenausbildungsjahrgangs im Jahr 2019 als gemeinsames Ziel besprochen wurde und die entsprechenden Vorarbeiten angegangen werden. Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ergänzt, dass dieser Ausbildungsjahrgang in den kommenden Studiengang der Hochschule Bremen überführt werden muss. Mit Start des neuen Studiengangs wird eine jährliche Kapazität von 20 Plätzen und damit eine mehr als Verdreifachung gegenüber dem Status quo realisiert werden.

Beschluss (einstimmig):

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 15 Qualität der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland
Bericht 2017
(Vorlage L-154-19)**

Herr Erlanson (Linke) erklärt u.a. anhand der niedrigeren Beratungszahlen gegenüber dem Jahr 2014, dass Realisierung der Patientenberatung durch einen privaten Konzern suboptimal erfolgt.

Frau Dehne (SPD) und Herr Pirooznia (B90/Grüne) sehen im Bericht die Bedenken gegenüber dem Anbieter und der Beratungsdurchführung bekräftigt, z. B. fehlende feste Ansprechpersonen, Zweifel an der Unabhängigkeit der Beratung, keine statistische Erfassung des Geschlechts der ratsuchenden Menschen.

Herr Dr. Buhlert (FDP) betont, dass die Patientenberatung bundesweit organisiert wird und die Bremer Änderungsmöglichkeiten dementsprechend begrenzt sind.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass sie beim Zuständigen der Bundesregierung, dem Patientenbeauftragten, die bremer Kritik und konkrete Verbesserungsperspektiven schriftlich verdeutlicht hat. Frau Quante-Brandt befürwortet, dass bei der Folgeausschreibung der Bundesregierung zusätzliche Qualitätskriterien berücksichtigt werden.

Beschluss (einstimmig):

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die anliegenden Berichte zur Kenntnis.

TOP 16 | Bericht über die 14. Verbraucherschutzministerkonferenzen (VSMK) am 15. Juni 2018 in Saarbücken und Sonder-VSMK am 11. September 2018 in Berlin (Vorlage L-160-19)

Herr Saffe (B90/Grüne) dankt für den Bericht und begrüßt die Beschlüsse der Verbraucherschutzministerkonferenzen, z. B. zu Schlüssel-Notdienste, Langlebigkeit von Produkten, und spricht sich für eine Abgabe auf stark gesüßte Lebensmittel, insb. durch Zucker, aus.

Herr Dr. Buhlert (FDP) begrüßt die VSMK-Behandlungen zum Fernwärmemarkt, der ein natürliches Monopol ist, und zur Kennzeichnung von Lebensmitteln. Darüber hinaus spricht er sich für die FDP gegen die Intention des Senats einer Zuckersteuer aus.

Frau Dehne (SPD) kritisiert die Desinformation in einigen Arztpraxen über IGeL-Leistungen und befürwortet ein Verbot dieser Leistungen.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass die Politik bundesweit in der Frage der Ampel-Kennzeichnung gespalten ist und sie eine klare, transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung für erforderlich hält.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 30.10.2018 über ausgewählte Tagesordnungspunkte der 14. VSMK sowie die Sonder-VSMK zur Beschlussfassung zur Kenntnis.

TOP 17 | Verschiedenes

- Sachstand Schulgeldfreiheit, Berichtsbitte der CDU

Staatsrat Kück berichtet, dass, wie in der letzten Bürgerschaft ausgeführt, mit den Haushaltsmitteln der Einstieg in die Schulgeldfreiheit realisiert wurde. Darüber hinaus ergaben die Gespräche mit den Krankenkassen, dass zurzeit die Bremer Schulen die rechtlichen Anforderungen zur Finanzierung der vollständigen Schulgeldfreiheit durch die Krankenkassen nicht erfüllen.

Herr Dr. Buhlert (FDP) sieht die Finanzierung dieser Ausbildungskosten innerhalb der Verpflichtung der Kassen.

Vorsitzender

Protokollführer